

Nr. 19/341 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Nach der EEG-Novelle - Bremer Windenergiestandorte überdenken?
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 4. April 2017
(Drucksache [19/484 S](#))
2. Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 19
vom 5. Mai 2017
(Drucksache [19/490 S](#))
3. Bäderkonzept evaluieren und endlich mit Zahlen unterlegen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Mai 2017
(Drucksache [19/502 S](#))
4. Klassenstärken an Bremer Schulen - Werden die Obergrenzen eingehalten?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 16. Mai 2017
(Drucksache [19/501 S](#))

Nr. 19/342 S

Fragestunde

1. Warum lässt die GEWOBA ihre Auszubildenden nicht am Bremer Schulzentrum Grenzstraße im Ausbildungsgang Immobilienkaufmann/Immobilienkauffrau ausbilden?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Mai 2017
2. Handel mit „gefährlichen Hunden“
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 9. Mai 2017
3. Kann eine Baulandsteuer der Immobilienspekulation Einhalt gebieten?
Anfrage der Abgeordneten Jürgen Pohlmann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 9. Mai 2017
4. Werden Bremer Radfahrer im Regen stehen gelassen?
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmeyer, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 9. Mai 2017
5. Wohnen in Baulücken nur ein Wunschtraum?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 9. Mai 2017
6. Klärung von Grundstücksbesitz von Eigenbetrieben
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 9. Mai 2017

7. Zukunft des Lankenauer Höfts
Anfrage der Abgeordneten Jens Eckhoff, Frank Imhoff, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 10. Mai 2017
8. Sanierung der Sportanlagen Panzenberg und Hohweg
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 11. Mai 2017
9. Umgestaltung des Domshofs
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 18. Mai 2017
10. Kaufmann/-frau im E-Commerce - Beschreitet Bremen neue Wege?
Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 18. Mai 2017

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Sandfang an der Aue-Mündung im Vegesacker Hafen
Anfrage der Abgeordneten Rainer W. Buchholz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 18. Mai 2017
12. Folgen der Stahlwerkemissionen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 29. Mai 2017
13. Plant der Senat die Sanierung der maroden Stephanibrücke?
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Frank Imhoff, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 31. Mai 2017

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/343 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Nr. 19/344 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. Juni 2017

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2014
Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 2017
(Drucksache [19/77 S](#))

Die Stadtbürgerschaft erteilt dem Senat aufgrund § 114 Abs. 1 in Verbindung mit § 118 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung.

2. Jahresbericht 2016 der Freien Hansestadt Bremen - Stadt - des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
vom 10. März 2016
(Drucksache [19/116 S](#))
Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Jahresbericht 2016 des Rechnungshofes Kenntnis.
3. Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) für das Jahr 2014 (Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 2015, Drs. [19/77 S](#)) und zum Jahresbericht 2016 - Stadt - des Rechnungshofs vom 10. März 2016 (Drs. [19/116 S](#))
vom 12. Mai 2017
(Drucksache [19/498 S](#))
Die Stadtbürgerschaft tritt den Bemerkungen im Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses bei.
Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.
4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan 100 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Wohngebäudes in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt an der Konsul-Smidt-Straße
Mitteilung des Senats vom 16. Mai 2017
(Drucksache [19/499 S](#))
Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 100 (Vorhaben- und Erschließungsplan).
5. Bebauungsplan 2505 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Graubündener Straße, dem Grünzug Osterholzer Sielgraben und dem Gelände der Schule am Ellenerbrokweg
Mitteilung des Senats vom 23. Mai 2017
(Drucksache [19/504 S](#))
Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2505.
6. Bericht über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Finanzierung öffentliche Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen) 2016
Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2017
(Drucksache [19/508 S](#))
Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/345 S

Gammel-Look an Bremer Schulen - zweiter Versuch

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 9. Februar 2017
(Drucksache 19/462 S)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 21. März 2017
(Drucksache [19/480 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/346 S

Äußere Rekonstruktion des Lloyd-Hauptverwaltungsgebäudes in der Bremer Innenstadt

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 22. Februar 2017
(Drucksache [19/466 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/347 S

Verkauf des Lloydhofs aussetzen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. März 2017
(Drucksache [19/470 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/348 S

Welche Fortschritte gibt es bei der Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. März 2017
(Drucksache 19/471 S)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 23. Mai 2017

(Drucksache [19/505 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/349 S

Ehrenggrabstätten in ganz Bremen - Ortsgesetz zur Änderung der Friedhofsordnung für die stadteigenen Friedhöfe in Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. März 2017
(Drucksache [19/472 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/350 S

Benachteiligung von Leistungsbezieherinnen/Leistungsbezieher bei Wohnungswechsel endlich beenden

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 25. April 2017
(Drucksache 19/485 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/351 S

Ausbaumöglichkeiten der Kita Berckstraße im Gebäude des ehemaligen Ortsamtes Horn-Lehe klären

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/491 S](#))

Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich von Immobilien Bremen unter Heranziehung von bisher unbeteiligtem Sachverstand durch eine neue baufachliche Expertise untersuchen zu lassen, welche Investitions- und Bauunterhaltungskosten durch eine Erweiterung der bisher im ehemaligen Ortsamt an der Berckstraße untergebrachten Kita entstehen würden. Maßgabe soll dabei eine Mindestlaufzeit von fünf bis zehn Jahren für die durch die Erweiterung zu schaffenden zusätzlichen Betreuungsräume sein.

Nr. 19/352 S

Bebauungsplan 1243 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen

- **Fritz-Tecklenborg-Straße**
- **Friedrich-Humbert-Straße**
- **Lesumstraße**
- **Grohner Reeperbahn**
- **Auf dem Hülsen**
- **Tauwerkstraße**

Mitteilung des Senats vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/496 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1243.

Nr. 19/353 S

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte

Die Stadtbürgerschaft wählt die Abgeordnete

Dr. Henrike Müller

anstelle der Abgeordneten Susanne Wendland zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte.

Nr. 19/354 S

Zweites Ortsgesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2017

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2017
(Drucksache [19/507 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 19/355 S

Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter nach der Evaluation

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP

vom 9. Juni 2017

(Drucksache [19/515 S](#))

Der Senat wird gebeten, bei dem demnächst von ihm vorzulegenden Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter folgende Inhalte und Formulierungen zu übernehmen:

1. In § 5 Absatz 2 werden folgende Sätze angefügt:

„Die zuständigen Stellen haben dem Beirat über die Ortsamtsleitung nach Eingang des Beiratsbeschlusses innerhalb von sechs Werktagen eine Eingangsbestätigung und innerhalb von sechs Wochen eine Stellungnahme zu der Angelegenheit zu übersenden. Die Frist zur Stellungnahme kann im Einvernehmen mit dem Beirat verlängert werden.“
2. In § 6 Absatz 3 werden nach Satz 3 folgende Sätze eingefügt:

„Die Geschäftsführung obliegt dem Ortsamt. Sie kann vom Beirat an einen Dritten übertragen werden.“
3. In § 7 wird Absatz 1 wie folgt gefasst:

„(1) Der Beirat wird auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder zu Sachthemen mit Bezug auf den Beiratsbereich

 1. über das Ortsamt Anfragen an die zuständigen Stellen richten oder
 2. Vertreterinnen oder Vertreter der zuständigen Stellen oder Sachverständige in einer Beiratssitzung anhören.

Die Anfragen sind unverändert und unmittelbar weiterzuleiten. Die zuständigen Stellen sind zur Auskunft verpflichtet. Im Falle der Nummer 1 ist die Auskunft innerhalb eines Monats zu erteilen; die Frist kann im Einvernehmen mit dem Beirat verlängert werden. Im Falle der Nummer 2 sind die zuständigen Stellen verpflichtet, in Absprache mit dem Beirat oder Ortsamt, eine Vertreterin oder einen Vertreter in die Sitzung des Beirates zu entsenden.“
4. § 8 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 3 und 4 werden durch folgende Sätze ersetzt:

„Eine Planungskonferenz soll mindestens einmal pro Wahlperiode erfolgen und in der Regel eigenständig außerhalb von regulären Beirats- oder Ausschusssitzungen mit weiteren Tagesordnungspunkten stattfinden. Ferner gelten für Planungskonferenzen die Regelungen, die für Beiratssitzungen gelten. Die zuständigen Stellen sind zur Teilnahme nach Terminabsprache verpflichtet.“
 - b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Der Beirat hat das Recht, Anträge zur Haushaltsaufstellung, insbesondere zu selbst entwickelten Vorhaben und Projekten, bei der fachlich zuständigen Senatorin oder dem fachlich zuständigen Senator zu stellen. Anträge zur Haushaltsaufstellung sind im Titel vom Beirat als solche zu kennzeichnen. Über diese Anträge berichtet die Senatorin oder der Senator in einer Sitzung vor den Haushaltsberatungen in der zuständigen Deputation. Die fachlich zuständigen Ausschüsse und die Haushalts- und Finanzausschüsse sind rechtzeitig zu informieren.“

5. In § 10 wird Absatz 3 wie folgt gefasst:

„(3) Der Beirat entscheidet über die Verwendung von stadtteilbezogenen Mitteln in den Stadtteilbudgets gemäß § 32 Absatz 4 nach Maßgabe des Haushaltsplanes. Die Entscheidungshoheit für Stadtteilbudgets bezieht sich auf die in Absatz 1 Nummer 2 bis 10 genannten Maßnahmen.“
6. § 11 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Entscheidungen bei unterschiedlichen Auffassungen“
 - b) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Bei unterschiedlichen Auffassungen von Beirat und zuständiger Stelle darüber, ob es sich tatsächlich um den Fall eines Entscheidungsrechts eines Beirats nach § 10 Absatz 1 handelt, entscheidet darüber die fachlich zuständige Deputation. Durch die Entscheidung der Deputation wird der Rechtsweg weder beeinträchtigt noch ausgeschlossen.“
7. Dem § 16 Absatz 2 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Beiratsbeschlüsse, die aus einer Planungskonferenz stammen, werden zusätzlich an den zuständigen Bürgerschaftsausschuss oder an die zuständige Deputation zur Kenntnis übermittelt.“
8. In § 17 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Der Beirat wählt die Beiratssprecherin oder den Beiratssprecher in geheimer Wahl. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Kann sich in zwei Wahlgängen niemand durchsetzen, wird der Wahlvorgang unterbrochen und auf einer folgenden Beiratssitzung frühestens nach zwei Wochen und spätestens nach vier Wochen mit einem letzten Wahlgang fortgesetzt. In diesem dritten Wahlgang stehen nur noch die beiden Kandidierenden zur Wahl, die im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben; haben im zweiten Wahlgang mehrere Kandidierende die zweitmeiste Anzahl von Stimmen erhalten, stehen im dritten Wahlgang ausnahmsweise mehr als zwei Kandidierende zur Wahl, nämlich die mit den meisten und den zweitmeisten Stimmen. In der Stichwahl ist gewählt, wer die meisten Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das durch die Ortsamtsleitung zu ziehende Los zwischen den Kandidierenden, die in der Stichwahl gleich viele Stimmen erhalten haben. Die Wahl der stellvertretenden Beiratssprecherin oder des stellvertretenden Beiratssprechers erfolgt ebenso entsprechend den Sätzen 1 bis 6.“
9. § 32 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden nach dem Wort „Anträge“ folgende Wörter eingefügt:

„nach § 8 Absatz 4“
 - b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) In einem oder in mehreren Einzelplänen der Ressorts werden die stadtteilbezogenen Mittel (Stadtteilbudgets) ausgewiesen, über die die Beiräte gemäß § 10 Absatz 3 entscheiden. Stadtteilbudgets können nur für Maßnahmen nach § 10 Absatz 1 Nr. 2 bis 10 eingerichtet werden.“

Nr. 19/356 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 20

vom 9. Juni 2017
(Drucksache [19/516 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/357 S

Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über das Verbot des Führens von gefährlichen Gegenständen

Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/518 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über das Verbot des Führens von gefährlichen Gegenständen nach § 50 Absatz 2 des Bremischen Polizeigesetzes zu.

Nr. 19/358 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Humanitäre Sprechstunde zuverlässig sicherstellen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 9. Mai 2017
(Neufassung der Drucksache [19/486 S](#) vom 25. April 2017)
(Drucksache [19/494 S](#))
2. Neue Chancen für die Gewerbeflächenpolitik - für ein besseres und größeres Angebot!
Antrag (Entschließung) der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 28. April 2017
(Drucksache [19/488 S](#))
3. Bremens Kinderbetreuungszeiten flexibel und verlässlich gestalten
Antrag der Fraktion der FDP
vom 6. April 2016
(Drucksache [19/138 S](#))
4. Bremens Kinderbetreuungszeiten flexibel und verlässlich gestalten
Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Kinder und Bildung
vom 26. April 2017
(Drucksache [19/487 S](#))
5. Zustand von hausnahen Spielflächen regelmäßig kontrollieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/492 S](#))
6. Forderungsmanagement für Frauenhäuser beim Sozialressort aufbauen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/493 S](#))

7. Nach Platzen des BDE-Tarifvertrags: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Abfallbranche

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 23. Mai 2017
(Drucksache [19/503 S](#))